

greenfo

Nr. 1 | Februar 2012



Die Wirtschaft muss grüner werden

Abstimmungen: JA zur Begrenzung des Zweitwohnungsbaus – S. 6

Die neuen Grünen Staatsrätinnen Marie Garnier und Béatrice Métraux – S. 12-13

MenschenStrom gegen Atom: Demo am 11. März 2012 in Mühleberg



Am Jahrestag der Atomkatastrophe von Fukushima findet in Mühleberg der dritte MenschenStrom gegen Atom statt. Gemeinsam wollen wir ein weiteres Zeichen gegen die Atomenergie und für die Energiewende setzen.

Fukushima brachte in der Schweizer Energiepolitik vieles ins Rollen. 20'000 Menschen folgten im Mai 2011 dem Aufruf zum MenschenStrom gegen Atom. Nur wenige Tage später beschloss der Bundesrat den schrittweisen Atomausstieg. Bis dieser verbindlich wird, liegt aber noch ein weiter Weg vor uns. Ein konsequentes und ehrgeiziges Programm für den Umstieg ist bisher nicht erkennbar. Der Druck auf die Entscheidungsträgerinnen und -träger muss aufrecht erhalten bleiben.

Deshalb fordern wir am 11. März die sofortige Abschaltung der ältesten und gefährlichen AKW Mühleberg und Beznau sowie eine rasche und konsequente Energiewende.

Seien Sie dabei! Informationen unter www.menschenstrom.ch

Ebenfalls Druck machen wir mit unserer Atomausstiegsinitiative (www.initiative-atomausstieg.ch). Es braucht noch Unterschriften – helfen Sie mit beim Endspurt!

Impressum

greenfo –
 Informationsbulletin
 der Grünen Partei
 der Schweiz
 Waisenhausplatz 21
 3011 Bern
 Tel. 031 326 66 00
 Fax 031 312 66 62
 www.gruene.ch
 gruene@gruene.ch
 PC 80-26747-3
 Datum:
 Februar 2012
 Erscheint 4 Mal pro Jahr
 Auflage:
 6100 Exemplare
 Redaktion:
 Corinne Dobler
 Design-Konzept:
 id-k.com
 Layout und
 Bildredaktion:
 Bénédicte Savary
 Druck: typoART, Worb
 Bilder/Illustrationen:
 fotolia (1, 10),
 Fondation Franz
 Weber (6)
 id-k (9)
 creative commons (11)
 Verts fribourgeois (12)
 Verts vaudois (13)
 photocase (5, 14)

Editorial.....	4
Es braucht ein klares Bekenntnis zum Klimaschutz	5
JA zur Begrenzung des Zweitwohnungsbaus	6
NEIN zur Bauspar-Initiative	7
JA zu 6 Wochen Ferien für alle	8
Eine Grüne Wirtschaft bauen für die Zukunft	9
Die ökologische Steuerreform und die Energiewende gehen Hand in Hand	10
«The Age of Less».....	11
Portrait: Marie Garnier und Béatrice Métraux	12-13
Junge Grüne: Geld regiert die Welt! – Aber wer regiert das Geld?	14
Buchtipps	15
Shop	16



Neuanfänge

Neu und frisch ist das Jahr und die Legislatur, und einen weiteren Neuanfang machen die Grünen an der nächsten Delegiertenversammlung im April, wenn das neue Parteipräsidium gewählt wird. Die zahlreichen Kandidaturen zeugen einerseits von Vielfalt innerhalb der Partei, andererseits davon, dass viele Top-Leute motiviert sind, das Grüne Boot durch die nächsten vier Jahre zu steuern. Das verspricht neuen Schwung für die zahlreichen Herausforderungen, die den Grünen bevorstehen: Das in den Worten des abtretenden Präsidenten Ueli Leuenberger «klimaerwärmende, menschenverschleissende, tief ungerechte Wirtschafts- und Gesellschaftssystem» bedarf einer starken Grünen Partei, die sich mit ihrer Idee einer Grünen Wirtschaft und einer solidarischen Gesellschaft dagegen stellt. Dafür brauchen wir alle gebündelten Kräfte. Diskussionen über den Weg, den wir beschreiten wollen, beleben das Engagement, doch letztlich wollen wir alle dasselbe: eine gerechtere und umweltfreundlichere Welt.

Auch für mich persönlich steht ein Neuanfang bevor. Ich werde künftig in Tirol leben, wo ich mich natürlich auch bei den Grünen engagieren werde. Darum verabschiede ich mich hiermit von den greenfo-Leserinnen und -Lesern. Den Grünen wünsche ich einen fruchtbaren, lebendigen und schwungvollen Neuanfang, auf der Basis des Engagements, das die Grünen immer geeint hat: ökologisch konsequent, sozial engagiert, global solidarisch.

Corinne Dobler
Redaktorin

Eine einfache Formel

Das hätten wir doch gerne: eine einfache Formel, um blitzschnell entscheiden zu können. Oder auch langfristig, in einer Zeit voller Ungewissheit wie yder jetzigen, in der Selbstverantwortung und Neuorientierung gefragt sind. Ich kenne eine solche Formel. Sie heisst: zu wenig, GENUG, zu viel.

Draufgekommen bin ich übers Essen. Was gibt es Schöneres, als sagen zu können: Danke, ich habe genug. Die Folgen von zu viel Essen sind nämlich sehr unangenehm und der Preis langfristig hoch. Vorsicht: Das Sättigungsgefühl kommt erst 20 Minuten nach dem Essen.

Eine andere Lektion ist das Gepäck. Noch ein Buch, ein Paar Schuhe und Reserven aller Art wandern in den Rucksack. Unterwegs, am Berg, kommt der Seufzer: Zu viel, zu schwer. Klar lerne ich dazu: Kleinstmengen und papierlos funktioniert auch.

Beim Zuwenig fallen mir eher nichtmaterielle Dinge ein: zu wenig geschla-

fen, zu wenig Zeit, zu wenig gelernt. Das Manko bringt uns aus dem Gleichgewicht, macht uns unglücklich oder gar krank. Genauso wie das Zuviel: zu viel gearbeitet, zu viel marschiert – der Nacken schmerzt, der Kopf oder die Füsse. Wie erfrischend hingegen, wenn jemand aufsteht und sagt: Genug geredet! Das Genug kann eine Quelle von Zufriedenheit und Wohlgefühl werden. John Naish hat sogar ein 300-seitiges Buch darüber geschrieben. Er beginnt sein Werk GENUG mit einem Zitat von Tao Te King (ca. 260 v.u.Z). Wer weiss, dass er genug hat, ist reich.

Erna Straub-Weiss
Weinländer Grüne

Es braucht ein klares Bekenntnis zum Klimaschutz

Die Wirtschaftskrise hat die Klimakrise in den Hintergrund gerückt. Dabei werden uns die Erde und das Klima für unseren verschwenderischen Umgang mit den natürlichen Ressourcen noch viel höhere Zinsen abverlangen. Immerhin hat die Schweiz nun ein neues CO₂-Gesetz.

Es fällt schwer, das Ergebnis der Klimakonferenz in Durban vom vergangenen Dezember als Erfolg zu werten. Die bescheidene Strategie, bis 2015 ein Abkommen zu erarbeiten, welches dann ab 2020 greifen wird, steht im krassen Widerspruch zu den Herausforderungen des Klimaschutzes. Um 5.8 Prozent stiegen die globalen CO₂-Emissionen 2010 an. Das ist nicht nur höher als prognostiziert, sondern auch höher als das weltweite Wirtschaftswachstum. Die Erschliessung von Kohle und unkonventionellen Erdölvorräten wie Teersande führt dazu, dass der Energieverbrauch CO₂-intensiver wird. Von der Entkoppelung der Energieversorgung von Treibhausgasen kann also keine Rede sein.

Im Vergleich zum fehlenden globalen Fortschritt lässt sich das in der Wintersession vom Schweizer Parlament verabschiedete CO₂-Gesetz sehen. Das darin festgehaltene Klimaziel verlangt eine Reduktion der Treibhausgase im Inland um 20 Prozent bis 2020, mit der möglichen Erhöhung auf insgesamt 40 Prozent. Auch die Massnahmen wurden verstärkt: die CO₂-Abgabe auf Brennstoffe wird erhöht und damit das Gebäude-Sanierungsprogramm aufgestockt; der Zielwert für Neuwagen beträgt 130 Gramm CO₂ pro Kilometer bis 2015; und es wird eine

Abgabe von bis zu fünf Rappen auf Benzin geben. Die Gelder aus dieser Abgabe – maximal 360 Millionen Franken pro Jahr – müssen für den Klimaschutz in der Schweiz ausgegeben werden.

Klares Bekenntnis nötig

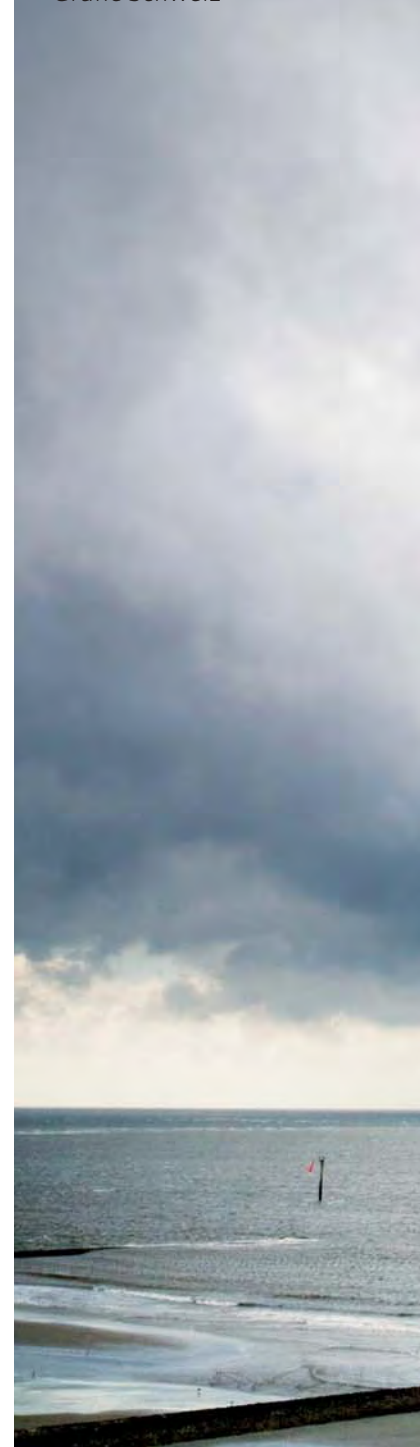
Leider wurden Anträge der Grünen für noch griffigere Massnahmen abgelehnt. Dies ist auch deshalb ärgerlich, weil der Bundesrat sich nun weigert, mit den Massnahmen des jetzigen Gesetzes das Emissionsziel auf 30 oder mit der EU zusammen auf 40 Prozent zu erhöhen. Berechnungen der Umweltverbände zeigen aber, dass eine konsequente Umsetzung der Massnahmen 25 Prozent Reduktion im Inland und 15 Prozent im Ausland erlauben würden.

Es braucht nun ein klares Bekenntnis zur weiteren Verbesserung des Klimaschutzes. Erstens muss es jetzt darum gehen, die Obergrenze von 130 Gramm CO₂ pro Kilometer für Neuwagen bis 2015 auf 80 Gramm pro Kilometer bis 2020 zu senken. Für Neubauten muss bis 2020 das Passivhaus zum Standard werden. Der Klimaschutz in der Landwirtschaft muss endlich in Angriff genommen werden. Hier könnten mit der Abgabe auf Treibstoffe oder der Anpassung der Direktzahlungskriterien viele Projekte wie Biogas-Anlagen oder die klimafreundliche Bewirtschaftung realisiert werden. Die grösste klimapolitische Herausforderung ist aber, den Atomausstieg ohne zusätzliche Emissionen von Gaskraftwerken zu bewerkstelligen.

Bastien Girod



Bastien Girod
Nationalrat ZH
Grüne Schweiz





Franziska Teuscher
Nationalrätin BE
Vize-Präsidentin
der Grünen Schweiz

JA zur Begrenzung des Zweitwohnungsbaus

Die Initiative zur Begrenzung von Zweitwohnungen, über die am 11. März abgestimmt wird, leistet einen wichtigen Beitrag zum Umwelt- und Landschaftsschutz. Die Grünen empfehlen darum ein Ja

Vor einigen Jahren wurde ich auf ein kleines Büchlein des Walliser Dichters Maurice Chappaz mit dem provokativen Titel «Die Zuhälter des ewigen Schnees» aufmerksam. Chappaz warnte in diesem Pamphlet aus den 1970er Jahren vor der Bauwut der Tourismuspromotoren und Immobilienspekulanten. Etwa um die gleiche Zeit forderte auch der Berner Professor und Tourismusforscher Jost Krippendorf in seinem Buch «Die Landschaftsfresser» einen Tourismus im Einklang mit der Natur. Beide Publikationen gaben viel zu reden. Jene, die es betraf, die alpinen Tourismusregionen, fühlten sich dagegen herausgefordert und gegängelt.

Verschandelte Regionen

Heute sind die schlimmsten Befürchtungen von Chappaz und Krippendorf eine Realität. Viele Regionen sind in den vergangenen Jahren mit dem Bau von Zweitwohnungen richtiggehend verschandelt worden. In Kantonen wie dem Wallis oder Graubünden ist jede dritte Wohnung eine Ferien- oder Zweitwohnung. In Berner Ferienorten wie Grindelwald und Gstaad beträgt der Anteil sogar weit über 50 Prozent.

Dies stellt die Gemeinden vor grosse Probleme. Sie müssen ihre Infrastruktur auf Spitzen ausrichten, die nur an wenigen Tagen im Jahr erreicht werden, weil viele der Zweitwohnungen die meiste Zeit leer stehen. Diese Wohnungen konkurrieren zudem den primären Wohnungsmarkt. Der Zweitwohnungsbau treibt die Bodenpreise hoch, so dass sich die Ortsansässigen im Dorf keine Wohnungen mehr leisten können.

Beschränkung auf 20 Prozent

Die Initiative «Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen!» will den Anteil an Zweitwohnungen pro Gemeinde auf 20 Prozent am gesamten Wohnungsbestand beschränken. Die Grünen unterstützen dieses Volksbegehren. Dies auch, weil der von Bundesrat und Parlament erarbeitete Gegenvorschlag ein harmloser Papiertiger ist. Angesichts der Missstände in der Bodennutzung braucht es bei der Raumplanung ein gewisses Mass an Radikalität. Und die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass mit unverbindlichen Massnahmen die fatale Spirale «mehr Betten, mehr Bahnen, mehr Betten» nicht gestoppt werden kann.

Franziska Teuscher



NEIN zur Bauspar-Initiative: Genossenschaften fördern statt neue Steuerprivilegien für Einzelne

Hohe Mietzinse, Immobilienspekulation und Bodenverschleiss: Das Wohnen wird teurer und steht vor grossen Herausforderungen. Keine davon wird mit der Initiative zur Einführung eines steuerprivilegierten Bausparens gelöst – im Gegenteil. Darum empfehlen die Grünen am 11. März ein Nein zur Bauspar-Initiative.

In den Ballungszentren sind in den letzten Jahren die Mietzinse massiv angestiegen. Überhöhte Immobilienpreise und Spekulation sind wieder zum Thema geworden. Gleichzeitig wird die Schweiz zersiedelt, und verdichtetes Bauen bleibt ein Schlagwort, das immer nur dann gebraucht wird, wenn Investoren ihre Renditemaximierung rechtfertigen wollen. Es läuft einiges nicht gut auf dem Wohnungsmarkt.

Die Einführung eines steuerprivilegierten Bausparens soll nach Aussagen der Initianten vielen Personen den Kauf von Wohneigentum ermöglichen und so einen Teil der Probleme auf dem Wohnungsmarkt lösen. Mit einem neuen Abzug von bis zu 15'000 Franken pro Person und Jahr vom steuerbaren Einkommen sollen die Leute zum Sparen aufs Eigenheim animiert werden.

Steuerabzüge für Reiche

Das Bausparen löst aber keines der Probleme. Steuerabzüge sind nur für jene möglich, die viel verdienen. Die anderen können die hohen Summen gar nicht zur Seite legen und profitieren nicht im gleichen Masse von Abzügen bei den Steuern. Privilegiert werden also wohlhabende Menschen, die es nicht nötig haben.

Gleichzeitig wird mit der Subventionierung des Erwerbs von Wohneigentum die Zersiedelung gefördert, und die Boden- und Immobilienpreise werden weiter angeheizt. Wollen wir dies?

Genossenschaften fördern

Statt neuen Steuergeschenken für Einzelne brauchen wir eine Förderung des genossenschaftlichen Wohnungsbaus. Dieser entzieht dauerhaft Boden und Wohnungen der Spekulation, schafft ebenfalls Eigentum und hilft mit, über Belegungsvorschriften den Wohnflächenbedarf einzugrenzen. Damit leistet er einen Beitrag gegen die Zersiedelung der Schweiz.



Michael Töngi

Generalsekretär Schweizerischer Mieterinnen- und Mieterverband

JA zur Regulierung des Glücksspiels



Alec von Graffenried
Nationalrat BE

«Die Grünen unterstützen den Gegenvorschlag zur Volksinitiative 'Für Geldspiele im Dienste des Gemeinwohls', welcher das Glücks- und Geldspiel, die daraus resultierenden Einnahmen sowie die Kompetenzverteilung umfassend regeln will. Die Vorlage ist nötig, um die Gesetzgebung an die heutige Situation anzupassen. Die Einnahmen aus Geld- und Glücksspielen werden weiterhin in die AHV sowie Projekte und Förderung von Kultur und Sport fliessen. Deswegen stimme ich am 11. März Ja zum Gegenentwurf.»

6 Wochen Ferien für alle

JA zur Buchpreisregulierung



Adèle Thorens
Nationalrätin VD

«Die Unterstützung kultureller Bestrebungen von gesamtschweizerischem Interesse durch den Bund ist explizit in der Bundesverfassung verankert. Die Grünen unterstützen in diesem Sinne die Buchpreisregulierung. Sie ist notwendig, um die Schweizer Verlage und die vielfältigen Buchhandlungen zu erhalten. Damit wird letztlich auch die heutige Vielfalt und Qualität der Bücher auf dem Schweizer Buchmarkt geschützt. Die Leserschaft profitiert von stabilen Preisen. Die Preisunterschiede gegenüber den Nachbarländern, welche die Buchpreise ebenfalls reguliert haben, nehmen ab. Aus diesen Gründen lehne ich das Referendum ab und stimme am 11. März JA zur Regulierung des Buchpreises.»

Vom «Ende der Arbeitsgesellschaft» reden viele. Tatsächlich aber ist der gesetzliche Mindestferienanspruch seit einem Vierteljahrhundert bei vier Wochen geblieben. Die Belastung am Arbeitsplatz dagegen ist massiv angestiegen. Die Initiative «6 Wochen Ferien für alle», über die am 11. März abgestimmt wird, sichert nicht nur die nötige Erholungszeit, sondern trägt auch dazu bei, dass der Produktivitätsfortschritt sozial gerechter verteilt wird.

In den anderthalb Jahrzehnten von 1992 bis 2007 ist die Arbeitsproduktivität in der Schweiz um 21.5 Prozent gestiegen. Die Reallöhne erhöhten sich im gleichen Zeitraum jedoch nur um bescheidene 4.3 Prozent. Und die durchschnittliche Arbeitszeit verringerte sich kaum. Entsprechend stiegen umgekehrt die Gewinne der Firmen. Mit der Ferieninitiative soll der künftige Produktivitätsfortschritt stärker auch den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zugutekommen – nicht in Form von Geld, sondern in Form von Erholungszeit.

Stress schadet

Das ist nötig. Denn die Belastung am Arbeitsplatz hat in den letzten Jahren massiv zugenommen. Die psychische Belastung der Einzelnen hat dabei auch finanzielle Folgen. Die Stressstudie des SECO aus dem Jahr 2000 errechnete über vier Milliarden Franken an stressbedingten Kosten für dieses Jahr. Unterdessen hat sich der Betrag laut Gesundheitsbefragung 2007 auf zehn Milliarden mehr als verdoppelt.

Wirtschaftlich tragbar

Es ist darum fair und richtig, gute Ferienregelungen nicht nur bestimmten Branchen und höheren Angestellten zuzugestehen. Heute

haben besonders Arbeitnehmende mit tiefem Einkommen und Teilzeitarbeitende im Stundenlohn kaum Ferienregelungen, welche über das gesetzliche Minimum hinausgehen. Im statistischen Durchschnitt dagegen sind bereits jetzt 5 Wochen die Regel.

Entsprechend ist der erste Schritt der Initiative – die Anhebung auf 5 obligatorische Ferienwochen für alle – wirtschaftlich gut verkraftbar. In den kommenden fünf Jahren soll der Ferienanspruch jährlich um einen Tag steigen, bis die sechste Ferienwoche für alle erreicht ist.



Balthasar Glättli
Nationalrat ZH

Eine Grüne Wirtschaft bauen für die Zukunft

Die Initiative für eine Grüne Wirtschaft will weg von der Wegwerfwirtschaft hin zu einer Kreislaufwirtschaft. Positive Beispiele von Firmen und Projekten, die in diese Richtung gehen, gibt es bereits – so in der Baubranche.

Die Initiative für eine Grüne Wirtschaft will einen effizienten und nachhaltigen Umgang mit den Ressourcen fördern. Die Wirtschaft soll die Rohstoffe, Emissionen und Abfälle zum grösstmöglichen Teil wiederverwerten. Was nicht mehr verwendet werden kann, soll in die natürlichen Kreisläufe zurückfliessen, ohne dort Schaden an der Umwelt anzurichten.

Für dieses Vorgehen gibt es bereits Beispiele – so in der Baubranche, wo der Handlungsbedarf gross ist. Das Ziel des Kantons Genf ist, dass 2012 auf seinem Gebiet 85 Prozent der Bauabfälle wiederverwertet werden. Diesem Ziel verschreibt sich das Projekt ECOMAT. In seinem Rahmen soll nur noch der Anteil der Baumaterialien, der nicht wiederverwertbar ist, auf dem Müll landen. Aus Bauschutt können rund 15 Produkte hergestellt werden, die getestet und auf Pilot-Baustellen für brauchbar befunden wurden, zum Beispiel Spezialbeton oder -zement.

Ein weiteres Beispiel: Die Holcim-Fabrik von Eclépens VD produziert 60 Prozent des Zements, der in der Westschweiz verwendet wird. Um ihren Energieverbrauch zu verringern, hat sie mehrere pionierhafte Initiativen ergriffen. 50 Prozent des Brennmaterials in ihrem Ofen besteht aus alternativen Energie-

trägern wie beispielsweise Abfällen. Auf diese Weise werden 70'000 Tonnen Abfall pro Jahr eliminiert. In Zusammenarbeit mit der Gemeinde wurde zudem ein Fernwärmesystem installiert. Weiter hofft die Fabrik, bald Grünen Strom produzieren zu können, indem die Abwärme des Ofens mit Geothermie kombiniert wird.

Politik muss Zeichen setzen

Das sind genau die Herausforderungen, welchen die Wirtschaft heute gegenübersteht: Einerseits soll sie mit den Ressourcen haushälterisch umgehen, indem ihre Verwendung optimiert wird. Andererseits soll sie Materialien und Gebrauchsgegenstände auf möglichst effiziente und nachhaltige Weise produzieren.

Lösungen und zahlreiche gute Praxisbeispiele gibt es bereits. Es ist nun an der Politik, das richtige Zeichen zu geben, indem sie sich ein klares Ziel setzt – den ökologischen Fussabdruck von nur einer Erde – und indem sie Anreize schafft für die Unternehmen, sich in diesem Sinn zu entwickeln. Das ist genau das, was die Initiative für eine Grüne Wirtschaft fordert.

Adèle Thorens Goumaz
Nationalrätin VD

Bald sind genügend Unterschriften beisammen, damit die Initiative für eine Grüne Wirtschaft zu Stande kommt. Beteiligen Sie sich am Endspurt der Unterschriftensammlung! Alle Informationen und Unterschriftenbögen zum Herunterladen und Ausdrucken finden Sie auf www.gruenewirtschaft.ch.



Die ökologische Steuerreform und die Energiewende gehen Hand in Hand



Die ökologische Steuerreform ist eine langjährige politische Forderung von Grüner Seite. Bereits 1994 hatten die Grünen die Initiative «Für eine gesicherte AHV — Energie statt Arbeit besteuern» lanciert. Es ist deshalb erfreulich, dass der Bundesrat das Thema aufnimmt. Eine solche Reform ist heute sowohl eine ökologische Notwendigkeit als auch eine gesamtwirtschaftliche Chance.

Bei einer ökologischen Steuerreform geht es darum, dass neu die Energie oder Rohstoffe besteuert werden. Sie folgt dem Grundsatz, dass die Umwelt und die Ressourcen Allgemeingut sind und deren Verbrauch besteuert werden soll. Dies führt seitens der Verbraucherinnen und Verbraucher automatisch zu einem haushälterischen Umgang mit Energie und Rohstoffen. Nebst der Besteuerung von Rohstoffen zielt die ökologische Steuerreform darauf ab, das gesamte Steuer- und Subventionssystem auf seine Nachhaltigkeit zu prüfen und Anpassungen zugunsten der Umwelt vorzunehmen. Dank des zusätzlichen Steueraufkommens können herkömmliche Steuern abgebaut oder die Zusatzeinnahmen in Form von sozialen Abgaben an die Bevölkerung zurückgegeben werden. Möglich wäre dies beispielsweise über die Krankenkassenprämien, wie es bereits heute für verschiede-

ne Umweltabgaben der Fall ist. Vorstellbar ist auch eine gezielte zweckgebundene Rückvergütung für ökologisch vorbildliche Projekte.

Fehlanreize

Durch eine gut angelegte Reform kann das Steuersystem vereinfacht werden. Sie ist möglicherweise die schmerzloseste und effizienteste Methode, um künftigen Energie- und Rohstoffproblemen aus dem Weg zu gehen. Gerade bei Unternehmen gibt es noch sehr viele steuerliche Fehlanreize, welche ökologisches Wirtschaften verhindern. Die Steuerreform soll sowohl Unternehmen als auch Privatpersonen gemäss dem Verursacherprinzip ent- oder belasten. Dass Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf die Prüfung der Reform anfangs Dezember 2011 angekündigt hat, bedeutet natürlich noch nicht, dass sie auch tatsächlich realisiert wird. Aber es deutet heute einiges daraufhin, dass dieser politische Kraftakt in der Schweiz machbar sein wird. Denn eine Mehrheit der Bevölkerung und die Regierung sehen ein, dass wir unsere Zukunft mit deutlich weniger Energie- und Rohstoffverbrauch gestalten müssen.

Energie- statt Mehrwertsteuer

Die GLP geht mit ihrer ersten Initiative «Energie- statt Mehrwertsteuer» in eine ähnliche Richtung. Diese zielt auf eine grundlegende

Neuausrichtung des Steuersystems ab. Die Initiative fordert eine Steuer auf nicht erneuerbaren Energien (Öl, Gas, Uran) und will damit einen klaren Anreiz für das Energiesparen und für alternative Energieträger leisten. Gleichzeitig soll die Mehrwertsteuer abgeschafft werden. Die Grünen unterstützen das Anliegen, auch wenn der Verzicht auf die Mehrwertsteuer mit einigen Problemen verbunden ist.

Globale Energiesteuer

Die grosse Herausforderung wird sein, eine politische Mehrheit zu finden und die Steuer kompatibel mit dem Ausland zu gestalten. Ausserdem stellt sich die Frage nach der «grauen Energie» in Importgütern. Diese müssten mit einer ökologischen Importsteuer belastet werden. Auch bei Exportgütern müsste eine Rückvergütung stattfinden, damit sie auf internationalen Märkten nicht benachteiligt sind. Um dieses Problem zu entschärfen, sollte sich die Schweiz anlässlich des Gipfels «Rio+20» im Juni 2012 für eine globale Energiesteuer einsetzen.

Iwan Schauwecker

«The Age of Less»

In seinem Buch «The Age of Less», in Deutsch etwa «Die Epoche des Weniger», stellt David Bosshart das heutige Wachstumsmodell in Frage.

In einer Mischung von Gesellschaftsphilosophie und Managementberatung will Bosshart eine Anleitung für den «neuen Wohlstand» der westlichen Welt liefern. Zuweilen gelingt dem langjährigen Leiter des Gottlieb Duttweiler Instituts das auch. Die Deutlichkeit, mit der er ein Ende des Zahlenwachstums fordert, ist zumindest eine radikale Infragestellung der gängigen Wachstumsparadigmen. Mit Begriffen wie Rezyklieren, Regenerieren und Restaurieren liest sich der Text fast wie das Argumentarium für die Initiative für eine Grüne Wirtschaft. Nur braucht Bosshart diese Begriffe nicht nur im Zusammenhang mit Produkten, Energie und Abfall, sondern auch mit Unternehmensgewinnen, Gemeinden oder politischen Parteien. Die Forderung nach einem «Redesign der Grösse» drückt seine Vorliebe für kleinräumige Organisationsformen aus. Dezentralisierung ist für Bosshart ein Kernelement des Wandels. Eine nachhaltige Welt kann in seinen Augen nur von unten her entstehen. Insgesamt handelt es sich bei die-

sem Buch aber eher um einen Konsumratgeber als um ein politisches Manifest. Dies soll aber nicht davon abhalten, sich das Buch dieses intelligenten Zeitgenossen zu Gemüte zu führen.

Hier drei Fragen an den Autor:

1. Welche Rolle spielt der Staat in «the age of less»?

Es braucht einen durchsetzungsfähigen Staat und verlässliche Institutionen. Der Staat steht für die Verfahrenslegitimation. Aber er ist nicht der Initiator, sondern mehr der Moderator von Veränderungen. Alles was zusätzliche Komplexität und damit zusätzliche Bürokratie bringt, ist so tief wie möglich zu halten.

2. Was halten Sie von einem «Green New Deal»?

Sofern Green New Deal nicht einfach heisst, dass die Staatsquote und damit die Bürokratie weiter wächst, finde ich die Idee bemerkenswert. Wir müssen den Druck auf uns selbst markant erhöhen und ehrgeizige, aber machbare Ziele setzen, sonst werden wir fossile Menschen bleiben, die sich agropeetrochemisch ernähren.

3. Welche Bedeutung haben kleinräumige Strukturen in Bezug auf die Nachhaltigkeit?

Rein theoretisch bieten die heutigen Technologien dazu alles – Stärkung der Nachbarschaft, Stärkung der Beziehungen, leichter Zugang zu relevanten Informationen, günstige Kommunikation, Überschaubarkeit. Dezentral heisst ja gerade: keine Klumpenrisiken, keine zu grossen Apparate, die sich verselbständigen können. Das ist auch die beste Krisenprävention. Dezentral heisst aber auch: Die Verantwortung beginnt beim Einzelnen und seinem Umfeld. Bei der gegenseitigen Rücksichtnahme. Wir haben gelernt, alles zu «outsourcen», was uns nicht passt. Am Schluss sogar das Denken. Das kann nur böse enden.

Iwan Schauwecker



Franziska Wenk

Das 63-köpfige St. Galler Stadtparlament hat seit Anfang Jahr eine neue Präsidentin: die Grüne Franziska Wenk. Die 30-jährige Juristin und Primarlehrerin hat ein Motto: «Chancengleichheit ist kein Wunschtraum, sondern ein Ziel!» Mit der Übernahme dieses wichtigen Amtes zeigt sie, dass sie das Motto bereits in die Tat umsetzt.



Marie Garnier, schon als Kind politisch

Ein strahlendes Lachen und ein durchschlagender Erfolg: Diese Erinnerung bleibt vom Wahlsonntag im Dezember 2011, als Marie Garnier in den Freiburger Staatsrat (Exekutive) gewählt worden ist.

Ihr Wahlerfolg ist der vorläufige Höhepunkt für Marie Garnier. Sie hatte ihre politische Karriere bereits im zarten Alter von 12 Jahren an der Seite ihres Vaters – eines eher Grünen Freisinnigen – begonnen. Damals sammelte sie Unterschriften für autofreie Sonntage. Nach der Matura in der deutschsprachigen Abteilung des Collège St-Michel absolvierte sie eine landwirtschaftliche Lehre. Danach wurde sie Agro-Ingenieurin. Anschliessend arbeitete sie in der Privatwirtschaft und realisierte verschiedene Projekte in Zusammenarbeit mit den Landwirten des Kantons Freiburg. 1996 übernahm sie die Leitung des Pro-Natura-Zentrums für Umweltbildung in Champ-Pittet am Neuenburgersee.

In der Politik wurde Marie Garnier bekannt, als sie zwischen 2000 und 2004 die Kommission 8 der verfassungsgebenden Versammlung des kantonalen Parlamentes,

in dem sie damals noch für die SP sass, präsidierte. Diese Kommission ist für die Beziehungen zwischen dem Kanton und der Kirche zuständig. 2006 wurde sie in den Gemeinderat von Villars-sur-Glâne gewählt. Dort war sie zuständig für Transport, Strassen und Umwelt.

Erst im März 2010 wurde die lokale Sektion der Grünen gegründet, und es war ganz selbstverständlich, dass Marie Garnier den ersten Platz auf ihrer Liste für die Kommunalwahlen im März 2011 einnahm. Diese Wahlen waren der Beginn eines Marathon-Wahljahres für den Kanton Fribourg. Die Grünen erreichten 14 Prozent und zogen damit auf bemerkenswerte Weise in den Gemeinderat und den Conseil Général ein.

Unmittelbar danach wurde Marie Garnier durch die Freiburger Grünen zur Kandidatin für den Staatsrat gekürt. Zur allgemeinen Überraschung wurde sie im ersten Wahlgang Sechste, gleich hinter den bisherigen Kandidatinnen und Kandidaten. Dieses Resultat bestätigte sie drei Wochen später auf brillante Weise.

Bruno Marmier, Grüne Freiburg



Béatrice Métraux, geschickte Verhandlerin

Grüne Frauen

An der Delegiertenversammlung vom 21. Januar 2012 in Kriens LU ist Katharina Prelicz-Huber von den Zürcher Grünen zur neuen Präsidentin der Grünen Frauen Schweiz gewählt worden. Sie vertritt die Grünen Frauen auch im Vorstand. Der Vorstand verabschiedete zudem am 12. November 2011 ein Reglement, das den Grünen Frauen einen offiziellen Rahmen gibt. Ziel ist die Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit inner- und ausserhalb der Partei und das Entstehen für frauenspezifische Positionen. Nun sind wir auf der Suche nach Grünen Frauen, die sich für Gleichstellungsfragen engagieren wollen! Bitte melden Sie sich auf dem Grünen Sekretariat (gruene@gruene.ch; Tel. 031 326 66 00).

BITTE RESERVIEREN:
Voraussichtlich am 15. September 2012 findet eine Veranstaltung der Grünen Frauen und der AG Geschlechtergerechtigkeit statt.

Die Wahl von Béatrice Métraux in den Waadtländer Staatsrat am vergangenen 18. Dezember – nur zwei Wochen nach der Wahl von Marie Garnier in Freiburg – bestätigt, dass die Wählerschaft den Grünen das Regieren zutraut.

Politisch sensibilisiert wurde Béatrice Métraux während der 25 Jahren, die sie im Norden Frankreichs verbrachte – in der Nähe von Minen, wo Erde, Flüsse und Luft verschmutzt waren, und weniger als 100 Kilometer vom AKW Gravelines entfernt. In den 80er Jahren heiratete die Juristin einen Forstingenieur, liess sich mit ihm in der Waadt nieder und gründete eine Familie. Erst in den 2000er Jahren trat sie den Grünen bei.

Am Anfang der Wahlkampagne für den Staatsrat war Béatrice Métraux dem breiten Publikum noch nicht bekannt. Im Laufe der Kampagne stellte sie sich jedoch als ideale Kandidatin heraus. Als Präsidentin der wichtigsten Beamten-gewerkschaft kennt sie die kantonale Verwaltung und die Probleme des Personals genau. Als Chefin der Fraktion der Grünen im Grossen Rat stellte sie ihre Kompetenzen als Moderatorin unter Beweis. Als Bürgermeisterin von Bottens konnte sie bereits Erfahrungen in einem Regierungsamt sammeln. Sie konnte sich zudem als entschlossene Person mit starken Überzeugungen präsentieren, aber

auch als geschickte Verhandlerin und Verfechterin der Kollegialität.

Es war eine spezielle Wahl, denn es ging einzig darum, einen Sitz im Staatsrat für die letzten sechs Monate der Legislatur zu vergeben. Der Sitz war durch den Tod des SVP-Staatsrates Jean-Claude Mermoud vakant geworden.

Der Wahlsieg stand überhaupt nicht im Vorneherein fest. SVP-Kandidat Pierre-Yves Rapaz, Abgeordneter und Gemeinderat von Bex, ging davon aus, dass er den SVP-Sitz verteidigen würde. Mathematisch gesehen hätte die Rechte, welche im Kanton über eine Mehrheit verfügt, den Sieg davontragen müssen. Doch die Grüne Angreiferin Béatrice Métraux machte 13'000 Stimmen mehr als Rapaz und erzielte 54 Prozent aller Stimmen.

Neu besteht der Waadtländer Staatsrat aus einer rot-grünen Mehrheit, mit zwei Grünen (Béatrice Métraux und François Marthaler) und zwei SP-Mitgliedern. Diese rot-grüne Mehrheit gilt es im Frühjahr bei den Gesamterneuerungswahlen zu halten!

Laurent Rebeaud

Mit der Wahl von Marie Garnier und Béatrice Métraux ist die Zahl der Grünen in Kantonsregierungen auf 11 gestiegen. Fünf davon sind Frauen, was einem Frauenanteil von 42 Prozent entspricht.



Geld regiert die Welt! Aber wer regiert das Geld?

Die Schweizer Nationalbank hat nicht das alleinige Recht, Geld zu erschaffen. Mittels Kreditvergabe machen das die Geschäftsbanken genau so – aber in grösserem Stil. Die Jungen Grünen fordern, dass die Geldschöpfung wieder in den Dienst der Gesellschaft gestellt wird: ein Plädoyer für eine Vollgeldreform.

Eine funktionierende Volkswirtschaft muss mit genügend Geld versorgt sein. Wächst die Wirtschaft, muss auch die Geldmenge wachsen. Die Geldmenge wird ausgeweitet, indem Banken frische Kredite vergeben. Banken sind aber nicht nur Dienstleisterinnen, sie sind bekanntlich auch gute Geschäftsmacherinnen. Sie vergeben deshalb gerne profitversprechende Kredite – weit mehr als eine gesunde Wirtschaft benötigt. Diese Kredite führen zu einem übertriebenen Wirtschaftswachstum. Zudem wächst dadurch die Geldmenge unaufhörlich und viel schneller als die Realwirtschaft. Die Unmenge an Geld schafft Blasen und Krisen und ist ein Risiko für eine freie Gesellschaft.

Lücke in der Verfassung

In der Bundesverfassung steht: «Das Geld- und Währungswesen ist Sache des Bundes». Doch leider verkennt der zweite Teil «Diesem allein steht das Recht zur Ausgabe von Münzen und Banknoten zu» die heutige Realität des Giralgeldes, also des Geldes auf Bankkonten in Form von Zahlen in Computern. Münzen und Banknoten machen gerade mal zehn Prozent der Geldmenge aus, welche jederzeit für Zahlungen benutzt werden kann (Quelle: SNB 2011). Die Bundesverfassung garantiert dem Bund also nur die Kontrolle über einen sehr kleinen Teil des Geldes. Der Rest des Geldes wird durch die Geschäftsbanken mittels Kreditvergabe geschaffen.

Eine Vollgeldreform schliesst diese Lücke in der Bundesverfassung, indem sie den Geldbegriff auf das elektronische Geld ausweitet. Sie nimmt den Geschäftsbanken die Berechtigung, elektronisches Giralgeld zu schaffen. Die Nationalbank erlangt so wieder die Kontrolle über die gesamte Geldmenge.

Banken als Dienstleisterinnen

Nach einer Vollgeldreform sind die Banken weiterhin wichtig und notwendig. Aber ihre Funktion beschränkt sich auf Dienstleistungen. Sie sorgen für die flexible Verteilung und effiziente Verwaltung des Geldes. Geschäftsbanken können nur noch Geld leihen, welches ihnen die Sparerinnen und Sparer zur Verfügung stellen.

Wir Junge Grüne sind überzeugt, dass die unkontrollierte Geldmengenausweitung durch die Geschäftsbanken das sinnlos überbordende Wirtschaftswachstum anfeuert und dadurch die Zerstörung unseres Planeten entscheidend mitverschuldet. Wir können deshalb diese Kraft nicht unbeschränkt wirken lassen, sondern müssen sie bändigen und dem Nutzen der Gesellschaft unterordnen. Nutzen wir die Chancen der Vollgeldreform!

**Fionn Meier, Dominic Keller
und Martin Neukom**

Junge Grüne Schweiz
Kontakt: vollgeld@jungegruene.ch

Tschernobyl für immer

Von den Atombombenversuchen im Pazifik bis zum Super-GAU in Fukushima. Ein nukleares Lesebuch.

von Peter Jaeggi
Lenos Verlag, 2011

Peter Jaeggis Buch erzählt aus dem Alltag von Menschen, die in einer radioaktiv verseuchten Umgebung leben müssen. Kurze und auch mal längere Kapitel beleuchten die verschiedenen Facetten der Menschen in Tschernobyl.

Daneben nimmt das Buch weitere Themen in Zusammenhang mit der Atomenergie auf, wie den Super-GAU in Fukushima, die Aufbereitung von Atommüll im russischen Majak, die AKW Mühleberg und Beznau oder die Atombombentests im Pazifik. Diese thematische Vielfalt wird zusätzlich durch die 14 Sichtweisen der Autorinnen und Autoren verstärkt, die sich sowohl in geografischer wie auch berufli-

cher Herkunft unterscheiden. Neben den vielen interessanten Fakten und farbigen Karten zur Atomenergie weltweit hat mich das Buch in erster Linie durch die berührenden Erzählungen aus der Ukraine überzeugt. Gespräche mit Anwohnerinnen und Anwohnern, Wünsche und Briefe von Kindern aus der verstrahlten Zone sowie Berichte aus der menschenverlassenen Region machen aus diesem «nuklearen Lesebuch» ein absolut lesenswertes und menschliches Zeitdokument. Es sollte unseren Widerstand gegen die Atommeiler in der Schweiz gar noch verstärken!

Brigitte Marti



Susan Boos
Fukushima lässt grüssen
Die Folgen eines Super-GAUS

ca. 280 Seiten, Klappenbroschur,
mit ca. 30 Grafiken
ISBN 978-3-85869-474-4, Fr. 28.-

Erscheint am 11. März 2012

Ich bestelle portofrei — Ex. Susan Boos: **Fukushima lässt grüssen**,
 Ich bin AktionärIn und erhalte Bücher aus dem Rotpunktverlag zu Sonderkonditionen.

Absender

Vorname, Name _____

Strasse, Nr. _____

PLZ, Ort _____

E-Mail (Newsletter) _____

Datum, Unterschrift _____

**Einsenden an: Rotpunktverlag, Postfach, 8026 Zürich
oder info@rotpunktverlag.ch**

Insertat

11-3-11

Es überstieg jede Vorstellungskraft: Gleich in drei Reaktoren von Fukushima Daichii kommt es zur Kernschmelze. Das Unglück beginnt am 11. März 2011, nach einem verheerenden Erdbeben und einem noch verheerenderen Tsunami, der auch das AKW überrollt. Die japanische Regierung spielt die Katastrophe herunter, die Bevölkerung wird alleingelassen und ausländische Fachleute werden ausgesperrt.

Susan Boos ist in die verseuchten Gebiete gereist, sprach mit Behörden und Evakuierten, aber auch mit Exponenten der japanischen Anti-AKW-Bewegung, die seit Jahren vor einem solchen Unglück gewarnt haben. Die Autorin schlägt auch den Bogen zur Schweiz. Was wäre, wenn es im aargauischen Beznau zu einem ähnlichen Unfall käme? Wenn ganz Zürich evakuiert werden müsste? Wären die Spitäler vorbereitet? Wer würde aufräumen? Wer bezahlen?

Rotpunktverlag.

T-Shirts «Nein zur AKW-Mogelpackung!»

Unsere T-Shirts sind zu 100 Prozent aus zertifizierter Bio-Baumwolle gefertigt und von der sozial und ökologisch engagierten Firma Switcher hergestellt. So stellen sie ein ideales grünes Produkt dar: einerseits verbreiten sie eine engagierte aktuelle Botschaft und andererseits sind sie modische Kleidungsstücke, die nach ökologischen und sozialen Kriterien hergestellt wurden.

T-Shirt ,grün mit Aufdruck Fr. 29.–
Für Frauen (leicht tailliert): S/M/L
Für Männer: M/L/XL

Weitere grüne Artikel finden Sie in unserem Shop unter www.gruene.ch/Mitmachen/Shop



Bestelltalon

T-Shirt «Nein zur AKW-Mogelpackung» à Fr. 29.–

Anzahl	Grösse S/M/L/XL	Schnitt M/F	Sprache D/F
_____	_____	_____	_____
_____	_____	_____	_____
_____	_____	_____	_____
_____	_____	_____	_____

Name/Vorname _____

Adresse _____

PLZ/Ort _____

E-Mail _____

Telefon _____

Datum/Unterschrift _____

Einsenden an: Grüne Schweiz, Waisenhausplatz 21, 3011 Bern, oder per Mail bestellen: gruene@gruene.ch